



Nr. 5/2011

Niederschrift über die

Gemeinderatssitzung am Dienstag, den 26. Juli 2011

Auf der verbleibenden Tagesordnung, gegen die keine Einwendungen erhoben wurden, standen und wurden beraten bzw. beschlossen:

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.06.2011
2. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 28.06.2011 gefassten Beschlüsse
3. Annahme von Spenden
4. Initiative Streuobstwiese Wilhelmsfeld
5. Schaffung von Betreuungsplätzen U-3 im kommunalen Kindergarten
6. Namensgebung für den Kindergarten
7. Bildung von Haushaltsresten
8. Mündlicher Bericht über den Vollzug des Haushaltsjahres 2011
9. Eröffnungen
10. Fragezeit
11. Anfragen aus dem Gemeinderat

TOP 1

Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.06.2011

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.06.2011 wurde jedem Gemeinderat nach Vorprüfung durch zwei Urkundspersonen mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Nachdem keine Einwendungen gegen das Protokoll erhoben wurden, gilt dieses als genehmigt.

TOP 2

Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 28.06.2011 gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Zellner gab die in der nichtöffentlichen Sitzung vom 28.06.2011 gefassten Beschlüsse des Gemeinderates gekannt.

GR Hertel erklärte sich bei TOP 3 für befangen und wirkte nicht mit.

TOP 3

Annahme von Spenden

Der Bürgermeister gab die bei der Gemeinde eingegangene Spende durch Verlesen bekannt, die vom Gemeinderat genehmigt wurde. Die Auflistung ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Abstimmung: einstimmig

TOP 4

Initiative Streuobstwiese Wilhelmsfeld

Zu diesem TOP begrüßte der Vorsitzende Frau Susanne Steuer-Lühr und Frau Susanne Fridl von der Initiative Streuobstwiese Wilhelmsfeld. Die Initiative habe sich als Folge der Zukunftskonferenz entwickelt und suche nun Grundstücke für die Umsetzung des Konzeptes. Ein Grundstück, das sich für diesen Zweck anbiete, sei eine in der Vergangenheit verpachtete Wiese im Bereich der Grundschule, die im Eigentum der Gemeinde sei.

Anschließend erläuterte Frau Steuer-Lühr das Konzept. Die Ausführungen sind der Niederschrift in Anlage 2 beigefügt.

Anschließend erhielten die Gemeinderatsmitglieder Gelegenheit zu Fragen. So erkundigte sich GR Gärtner danach, welche Rechtsform die Initiative erhalte. Frau Steuer-Lühr erklärte hierzu, es bestehe die Möglichkeit einen Verein zu gründen oder ein Mitglied der Initiative werde Vertragspartner der Gemeinde.

Auf einen Einwand von GR Hauck durch das Projekt nicht eine Erweiterungsmöglichkeit für das Schulgebäude in der Zukunft zu verhindern, erklärte Bürgermeister Zellner, das betroffene Grundstück sei auch in Zukunft baurechtlich nicht nutzbar.

Aus den Reihen des Gemeinderates wurde klar signalisiert, dass man das Vorhaben unterstützen wolle und die Wiese für dies angeführte Vorhaben zur Verfügung stellen wolle. Das Engagement der Initiatoren sei auch daraus ersichtlich, dass sie das Gelände bereits von dem Unrat, den ein Vorpächter hinterlassen hatte, befreit haben. Es bestand aber Einigkeit darin, dass der Bauhof damit keine zusätzlichen Aufgaben erhalte, sondern wie bisher nur das Mähen der Wiese (2-mal jährlich) durchführe. Alle anderen Arbeiten seien von der Initiative selbst durchzuführen. Auch finanzielle Unterstützung werde von Gemeindeseite nicht geleistet.

Am Ende der Aussprache erklärten sich die Gemeinderatsmitglieder damit einverstanden, dass die Gemeinde Wilhelmsfeld das Grundstück in Nähe der Grundschule der Initiative zur Anpflanzung von Obstbäumen überlässt. Anpflanzung insbesondere auch die Standorte muss in Absprache mit Bürgermeister und Bauhofvorarbeiter erfolgen. Der Gemeinde darf keine finanzielle Belastung entstehen, ebenso werden keine weiteren Arbeiten von den Bediensteten der Gemeinde geleistet.

Abstimmung: einstimmig

TOP 5

Schaffung von Betreuungsplätzen U-3 im kommunalen Kindergarten

Die Ausführungen zu diesem TOP erfolgten durch die Hauptamtsleiterin, Frau Fiedler. Diese führte einleitend aus, dass sich der Gemeinderat in den vergangenen Jahren mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren beschäftigt habe. Der Plan zum Neubau eines Gebäudes zur Unterbringung

von zwei Krippengruppen habe aus unterschiedlichen Gründen wieder aufgegeben werden müssen. Um den steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen dennoch decken zu können, sei von Seiten der Gemeinde in Kooperation mit dem Postillion e.V. nach weiteren Möglichkeiten gesucht worden.

Der Postillion e.V., der bereits seit August 2006 eine Kinderkrippe in Wilhelmsfeld betreibe, habe im März neue Räumlichkeiten für eine Kinderkrippe im Angelhofweg bezogen.

Im Rahmen der Sanierung des Kindergartens habe der Gemeinderat beschlossen, 10 weitere Plätze für die Kleinkindbetreuung zu schaffen und zu diesem Zweck Räumlichkeiten anzubauen.

Diese Plätze sollten sobald als möglich auch belegt werden, d.h. mit Bezug der neuen Räumlichkeiten. Gespräche mit den Gruppenleiterinnen fanden statt, um zu klären wie das Platzangebot an U3 –Plätzen am schnellsten sinnvollsten umgesetzt werden könne. Dabei habe sich gezeigt, dass Anfragen nach Betreuungsplätzen für Kinder ab 2 Jahren bei der Kindergartenleitung vorliegen. Anfragen zur Aufnahme jüngerer Kinder seien derzeit nicht vorhanden.

Die Verwaltung schlage vor, langfristig eine Kleinkindgruppe einzurichten. Aufgrund der bestehenden Gruppenstrukturen und der Nachfrage nach U3-Betreuungsplätzen sollten in einem ersten Schritt, neue Betreuungsplätze für Kinder ab zwei Jahren geschaffen werden. Dazu sei eine geänderte Betriebserlaubnis erforderlich und müsse von der Verwaltung beantragt werden. Zuvor müsse der Gemeinderat aber über die neuen Betreuungsformen im Kindergarten beschließen.

Die Verwaltung empfehle dem Gemeinderat, folgende Betreuungsform im Kindergarten zu beschließen:

- 1 Ganztagesgruppe mit Altersmischung
Hierbei sollen aufgrund der Nachfrage derzeit nur Kinder im Rahmen der Ü3 Betreuung aufgenommen werden.
- 3 Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten für Kinder im Alter ab 2 Jahren bis zum Schuleintritt
In diesen Gruppen sollen die Plätze für die Kleinkindbetreuung ausgewiesen werde. Dabei sind in zwei Gruppen jeweils mind. 3 Plätze in einer Gruppe mind. 4 Plätze für Kinder ab 2 Jahren frei zu halten.
Die Plätze sind auf Dauer zu gewährleisten.

Die Kindergartenleitung hat dem Träger spätestens zu Beginn des Kindergartenjahres schriftlich mitzuteilen, wie die Kleinkindplätze in den einzelnen Gruppen verteilt werden.

Auf die Nachfrage von GR Hauck nach der Gruppengröße bei den altersgemischten Gruppen erklärte Frau Fiedler, die Gruppengröße sei auf 22 Plätze begrenzt, wobei für Kinder unter 3 Jahren je zwei Plätze angerechnet werden.

GR Lenz bezeichnete das Konzept als gut. Durch neue Rechtsvorgaben sei der Träger immer mehr gezwungen konkrete Festlegungen zu machen, flexible Handhabungen seien nicht möglich. Da aufgrund der Entwicklungen im Bereich der Kinderbetreuung immer häufiger die Betriebserlaubnis angepasst werden müsse, schlage er vor, dass die Verwaltung ermächtigt wird, bei Bedarf eine Änderung der Betriebserlaubnis zu beantragen.

Bürgermeister Zellner begrüßte den Vorschlag und erklärte, die Verwaltung werde dem Gemeinderat jeweils von den Änderungen berichten.

GR Rexforth-Höhn dankte dem Kindergartenteam an dieser Stelle für die gute Arbeit, die eine wichtige Grundlage für den weiteren Weg der Kinder sei und in der Grundschule fortgesetzt werde, wie die Musical-Aufführung der Grundschüler vor einigen Tagen gezeigt habe. Dies funktioniere nur mit einer guten, frühen Förderung der Kinder.

Dies konnte der Vorsitzende nur bestätigen.

Nach Ende der Aussprache stellte Bürgermeister Zellner den Vorschlag/die Empfehlung der Verwaltung zur Abstimmung. Diesem wurde zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

Ferner beschloss das Gremium, dass die Verwaltung beauftragt wird, künftig bei geändertem Bedarf eine Änderung der Betriebserlaubnis zu beantragen und dem Gemeinderat anschließend zu unterrichten.

Abstimmung: einstimmig

TOP 6

Namensgebung für den Kindergarten

Der Vorsitzende sagte, innerhalb des Mitarbeiterteams im Kindergarten habe man sich Gedanken über einen Namen für den kommunalen Kindergarten gemacht. Da es jetzt auch einen Waldkindergarten des Postillions gebe, sei angedacht dem Gemeindegarten mit dem neuen Kindergartenjahr einen Namen zu geben. Das Kindergartenteam sei um Vorschläge gebeten worden und habe den Namen „Eulennest“ vorgeschlagen.

Die Eulengruppe werde dann ab dem nächsten Kindergartenjahr umbenannt in „Igelgruppe“.

Im Gremium bestand weitgehend Übereinstimmung, dass der Vorschlag gut sei. Andere Vorschläge wurden nicht unterbereitet.

Der Gemeinderat stimmte mehrheitlich dafür, den kommunalen Kindergarten künftig „Eulennest“ zu benennen.

Abstimmung: 13 Zustimmungen
1 Gegenstimme

TOP 7

Bildung von Haushaltsresten

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Holzmann vom Gemeindeverwaltungsverband Schönau, der nach Worterteilung einleitend das vorläufige Haushaltsergebnis 2010 ansprach:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,
bevor ich auf die Haushaltsreste eingehe, möchte ich Ihnen ein paar Eckwerte des vorläufigen Rechnungsergebnisses 2010 nennen.“

Geplant haben wir im **Verwaltungshaushalt** mit einer Negativzuführung, also einer Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 183.000 Euro. Die Einkommensteueranteile und Finanzausweisungen fallen deutlich besser aus, nachdem sich die gesamtwirtschaftliche Situation besser und schneller erholt hat als zu erwarten war. Bei den Einkommensteueranteilen kamen rd. 124.000 Euro mehr ein als geplant. Im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs waren bei Schlüsselzuweisungen, Investitions-pauschale und Familienleistungsausgleich zusammen ebenfalls rd. 124.000 Euro Mehreinnahmen zu verzeichnen. Und auch die Gewerbesteuer brachte rd. 89.000 Euro mehr ein als geplant. Weitere Mehreinnahmen, u.a. beim Holzverkauf, führen nun dazu, dass das Ergebnis im Verwaltungshaushalt um über eine halbe Mio. Euro besser ausfällt und somit ein Überschuss von rd. 330.000 Euro erzielt wird, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann.

Im **Vermögenshaushalt** lag der Schwerpunkt wie geplant in der Generalsanierung der Grundschule. Die Maßnahme konnte bis zum Jahresende weitestgehend abgeschlossen werden. Einige Schlussrechnungen gingen jedoch erst 2011 ein, so dass auch die bewilligten Restzuschüsse vom Gemeindeausgleichstock bzw. der Fachförderung im Jahr 2010 nicht mehr angefordert werden konnten. Alleine hieraus resultieren rd. 572.000 Euro Haushaltsreste.

Gleiches gilt bei der Straßenbeleuchtung für den Austausch von Leuchtkörpern gegen energiesparende Leuchten sowie für den Investitionszuschuss der Gemeinde für den Gemeinschaftsraum im Pflegeheim. Die Zahlungen bzw. Restzahlungen hierfür waren erst im Jahr 2011 zu leisten, so dass auch die damit verbundenen Einnahmen und Zuschüsse erst 2011 angefordert werden konnten.

Ein weiterer Haushaltsrest ist im Bereich des Gemeindefriedhofes zu bilden. Die weitere Urnenwand wurde errichtet, die Rechnung steht jedoch noch aus.

Damit komme ich zum Schuldenstand. Aus dem Jahr 2009 bestand noch eine Kreditermächtigung in Höhe von 700.000 Euro, die im Jahr 2010 vollständig in Anspruch genommen wurde. Von der 2010 ausgewiesenen Kreditermächtigung von 400.000 Euro soll ein Betrag von 200.000 Euro als neuer Haushaltsrest übertragen werden, der dann je nach Haushaltsverlauf im Laufe des Jahres 2011 noch realisiert werden könnte. Der verbleibende Betrag von 200.000 Euro wäre damit hinfällig. Auch wenn grundsätzlich eine weitere Rücklagenentnahme anstelle der als Haushaltsrest zu übertragenden Kreditermächtigung möglich wäre, schlägt die Verwaltung diese Vorgehensweise vor, da bereits 2011 erneut eine hohe Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vorgesehen ist.

Unter Berücksichtigung der Haushaltsreste ergibt sich folgende **Verschuldung** (gerundet):

Ende 2009 (inkl. HH-Rest)	2.228.000 Euro	(690 Euro/Ew.)
Tilgung 2010	63.000 Euro	
Ende 2010	2.165.000 Euro	(667 Euro/Ew.)
Haushaltsrest 2010	200.000 Euro	
	2.365.000 Euro	(729 Euro/Ew.)

Der Bestand der **allgemeinen Rücklage** reduziert sich um rund 285.000 Euro, geplant waren 710.000 Euro. Nach Abzug der Entnahme verbleiben rund 1.016.000 Euro. Bei diesem Betrag muss ich Sie aber gleich daran erinnern, dass wir nicht nur

2011 sondern nach der Finanzplanung auch in den Jahren 2012 – 2014 weitere Entnahmen vorgesehen haben.“

Bürgermeister Zellner dankte Herrn Holzmann für die Ausführungen. Er erklärte das Ergebnis, das besser als erwartet ausgefallen sei, mit der Konjunktur, die sich schneller und besser erholt habe als prognostiziert.

GR Lenz merkte an, das die Verschuldung hoch genug sei und das Geld jetzt nicht vorschnell ausgegeben werden sollte, auch wenn das Ergebnis 2010 gut sei im Vergleich zu, Vorjahr und den Prognosen.

Auch GR Oberhofer gab zu bedenken, dass bei der Gemeinde künftig auch Sanierungen von Wasser- und Kanalnetz anstünden, was nicht außer Betracht bleiben dürfe.

Der Gemeinderat stimmte nach Ende der Aussprache den von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltsresten zu. Diese sind mit Begründung aus der Anlage ersichtlich, die Bestandteil des Protokolls ist.

Abstimmung: einstimmig

TOP 8

Mündlicher Bericht über den Vollzug des Haushaltsjahres 2011

Herr Holzmann machte zunächst folgende Ausführungen zum derzeitigen Verlauf des Haushaltsvollzuges:

„Im **Verwaltungshaushalt** zeichnen sich z.T. deutliche Mehreinnahmen ab. Wie bereits beim letzten Tagesordnungspunkt erwähnt, hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation bereits im Jahr 2010 besser und schneller erholt als zu erwarten war. Nach den Prognosen aus der so genannten Mai-Steuerschätzung soll sich diese positive Tendenz auch im Jahr 2011 fortsetzen. U.a. können wir demnach mit erhöhten Schlüsselzuweisungen rechnen. Je nachdem wie hoch die Ausschüttung mit den Teilzahlungen ist, können wir hier ca. 43.000 Euro zusätzliche Einnahmen erwarten. Auch die Schätzung über die Investitionspauschale fällt deutlich höher aus, so dass wir daraus ca. 19.000 Euro mehr Einnahmen erwarten können. Des Weiteren soll auch der Familienleistungsausgleich etwas höher ausfallen und zudem kamen aus den Abrechnungen für 2010 noch diverse Nachzahlungen ein. Ebenfalls positiv zeigt sich die Gewerbesteuer, wenngleich sich dieser Wert natürlich in der 2. Jahreshälfte noch verändern kann. Stand heute liegt das Aufkommen bei rund 197.000 Euro, geplant haben wir mit 120.000 Euro.

Nennenswerte Einnahmeausfälle sind derzeit nicht zu erwarten.

Auf der Ausgabeseite sind bislang nur wenige zusätzliche Ausgaben zu verzeichnen und diese auch meistens nur in geringem Umfang. An den Eichelbergverband waren jedoch aus der Abrechnung 2010 rd. 27.000 Euro nachzuzahlen. Allerdings erhielt die Gemeinde im Bereich der Abwasserbeseitigung vom Abwasserverband eine Umlagerückerstattung aus der Abrechnung 2010 in Höhe von rd. 21.000 Euro. Weitere, größere Überschreitungen sind derzeit nicht absehbar.

Insgesamt also im Verwaltungshaushalt ein durchaus positiver Trend. Allerdings, das wissen Sie, sieht der Haushaltsplan eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 285.400 Euro vor, was ja nichts anderes heißt als dass die Ausgaben im laufenden Betrieb höher sind als die Einnahmen.

So wie es im Moment aussieht, wird dieses Defizit deutlich geringer ausfallen, dass es reicht eventuell sogar eine positive Zuführungsrate zu erzielen, ist aus heutiger Sicht allerdings eher nicht zu erwarten.

Im **Vermögenshaushalt** liegt der Schwerpunkt in der Sanierung und Erweiterung des Kommunalen Kindergartens, für die in diesem Jahr bislang für den 1. und 2. Bauabschnitt insgesamt rd. 273.000 Euro aufzubringen waren.

Die Ausgaben in Bezug auf die vorhin beschlossenen Haushaltsreste für 2010 waren weitestgehend in der ersten Jahreshälfte 2011 zu leisten. Auf der Einnahmeseite sind die Zuschüsse entsprechend angefordert bzw. eingegangen.

Durch den Verkauf des Anwesens „Angelhofweg 2“ konnten außerplanmäßige Veräußerungserlöse in Höhe von rd. 236.000 Euro realisiert werden.

Der Haushaltsplan 2011 sieht mögliche Darlehensaufnahmen in Höhe von 365.000 Euro vor. Weitere 200.000 Euro stehen durch den Haushaltsrest aus 2010 zur Verfügung. Bisher war noch keine Darlehensaufnahme erforderlich. Für die energetische Sanierung des Kindergartens besteht allerdings eine Darlehenszusage von der KfW über 73.000 Euro. Dieses Darlehen ist in den ersten 10 Jahren zinsgünstig. Der genaue Zinssatz wird allerdings erst bei der Auszahlung der Kreditmittel auf Basis der dann geltenden Programmkonditionen festgelegt. Inwieweit wir die dann verbleibende Kreditermächtigung noch aufnehmen oder als Haushaltsrest nach 2012 übertragen, hängt vom weiteren Verlauf ab.

Soweit der Bericht der Verwaltung zum bisherigen Haushaltsverlauf, einen ausführlichen schriftlichen Zwischenbericht erhalten Sie wie üblich nach der Sommerpause.“

Bürgermeister Zellner ergänzte diese Ausführungen damit, dass die entscheidende Frage sei, wie sich die Einkommensteuer entwickle. Auch eine Erhöhung der Kreisumlage sei aufgrund des besseren Haushaltsverlaufs nach derzeitigem Stand für 2012 nicht zu erwarten.

Auch Nachfrage von GR Hauck sagte Herr Holzmann, es zeichneten sich Mehreinnahmen von ca. 200.000 Euro ab. Allerdings dürfe man nicht außer Acht lassen, dass im Verwaltungshaushalt geplante Defizit liege bei 285.000 Euro.

Der Gemeinderat nahm den Bericht zur Kenntnis. Beschlüsse waren nicht zu fassen.

TOP 9

Eröffnungen

Der Vorsitzende eröffnete, dass die Prüfung des Daches der Odenwaldhalle durch den Statiker Fath erfolgt sei. Die Prüfung habe ergeben, dass keine erkennbaren Mängel bestünden.

TOP 10

Fragezeit

Der Vorsitzende beantwortete die Fragen der Zuhörer.

TOP 11

Anfragen aus dem Gemeinderat

GR Türk erkundigte sich danach, ob es Zahlen gebe wie viel Strom in Wilhelmsfeld durch Photovoltaikanlagen erzeugt werde.

Bürgermeister Zellner entgegnete, die Verwaltung habe vor einigen Wochen Zahlen von der EnBW erbeten. Sie werde diese dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung im Wege des Umlaufs bekannt geben.

GR Klapdohr erkundigte sich nach dem Sachstand der Bauarbeiten im Kindergarten. Der Vorsitzende sagte, die Arbeiten im Altbau (Sanierung) verliefen planmäßig (Austausch Fenster, Erneuerung Dach, Austausch Heizungsanlage etc.) und sollen noch im August beendet werden. Ziel sei es, dass die Gruppen sobald als möglich wieder in das Kindergartengebäude umziehen können. Dies sei allerdings erst möglich, wenn die Arbeiten beim 2. Bauabschnitt (Erweiterungsbau für U3 Plätze) so weit vorangeschritten seien, dass die Arbeiten völlig getrennt vom Altbau erfolgen können um eine Gefährdung der Kinder auszuschließen.

GR Oberhofer bat darum bei der Einmündung Kohlhofweg/Panoramaweg die Schilder „Vorfahrt geändert“ zu entfernen. Diese seien an beiden Straßen angebracht. Der Bürgermeister versprach eine Überprüfung der Angelegenheit.

GR Egert merkte an, dass die Parksituation im Kurvenbereich Kohlhofweg bei der Krippe sehr unübersichtlich sei, da direkt in der Kurve geparkt werde. Sie bat darum, dass hier Abhilfe geschaffen werden solle, zumal der Bauwagen, der auf dem Grundstück stehe, die Sicht zusätzlich behindere.

GR Rexforth-Höhn fragte nach, wo das Tempo-Messgerät der Gemeinde derzeit stehe. Der Vorsitzende will dies nachprüfen.

Die Gemeinderätin regte weiterhin an, die Verkehrsinseln in der Richard-Wagner-Straße mit einzubeziehen falls nochmals ein Freiwilligentag wie im Mai veranstaltet werde. Bürgermeister Zellner will mit dem Ehepaar Hutwagner darüber sprechen.

GR Hertel erkundigte sich weiter nach dem Sachstand der Straßenbeleuchtung in der Richard-Wagner-Straße. Bürgermeister Zellner entgegnete, dass der Verwaltung drei Anträge auf Erweiterung der Straßenbeleuchtung vorliegen. Der technische Ausschuss werde sich in der nächsten Sitzung damit befassen.

GR Rexforth-Höhn fragte nach, ob sich in Bezug auf das „Baustofflager“ Am Wiesenbrunnen etwas tue.

Das Ordnungsamt sei mit der Angelegenheit betraut, so der Vorsitzende.

Nachdem keine weiteren Anfragen mehr vorlagen, schloss der Vorsitzende die Sitzung.